

GRÜNER

FRAUENBERICHT

2014

**FÜR SELBSTBESTIMMUNG
UND CHANCENGLEICHHEIT**



**DIE GRÜNE
BILDUNGS-
WERKSTATT**



DIE GRÜNEN
GRUENE.AT

GRÜNER FRAUENBERICHT 2014

ERSTELLT VON

Beřivan Aslan – Frauensprecherin der Grünen
Ewa Dziedzic – Referentin für Frauenpolitik
Anja Fellerer – Referentin für Familienpolitik und Pflege
Gabriele Stauffer – Referentin für Gesundheits- und Behindertenpolitik

IN KOOPERATION MIT

Grüne Bildungswerkstatt

PORTRÄTS UND INTERVIEWS

Sonja Fercher

AUTORINNEN

Juliane Alton
Christine Baur
Petra Flieger
Birgit Meinhard-Schiebel
Andreas Novy
Dagmar Tutschek
Marina Unterberger
Monika Vana

Der Grüne Klub im Parlament, 1017 Wien **HERAUSGEBER**

PLANETVERLAG – Eine Einrichtung der Grünen Bildungswerkstatt, Rooseveltplatz 4–5, 1090 Wien **VERLEGER**

Thomas Geldmacher **LEKTORAT**

Lisa Berwald **LAYOUT**

Maria Kux – www.mkux.org **FOTOS**

Janetschek GmbH **DRUCK**

FRAUENBERICHT 2014

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT BERËVAN ASLAN UND JUDITH SCHWENTNER	4
VORWORT JULIANE ALTON	6
EINLEITUNG	7
PORTRÄT MARIA RÖSSLHUMER	8
PORTRÄT RENATE BLUM	10
SOZIALPOLITIK IN SPANIEN	12
FRAUENGESUNDHEIT	12
PORTRÄT BRIGITTE THEISSL	14
FRAUENSPRECHERIN BERËVAN ASLAN IM GESPRÄCH	16
PORTRÄT CHRISTINA WIESER	20
POLITISCHE PARTIZIPATION IM ALTER	22
GLEICHSTELLUNG IN SCHWEDEN	23
PORTRÄT KATHARINA BRIZIĆ	24
EU-ARBEITSMARKT FÜR FRAUEN	26
GEWALT GEGEN FRAUEN MIT BEHINDERUNGEN	27
PORTRÄT BRIGITTE HORNYIK	28
PORTRÄT DANIELA SCHIER	30
GEWALT GEGEN FRAUEN IN EUROPA	32
VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE	33
PORTRÄT BERNADETTE FEUERSTEIN	34
FRAUEN IN ENTSCHEIDUNGSPPOSITIONEN	36
KONTAKTE	37

VORWORT

LIEBE FRAUEN, LIEBE MÄNNER!

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ – „Mehr Frauen an die Spitze!“ – „Halbe-halbe in allen Bereichen!“ – „Her mit der Quote!“ – Ihr könnt es auch schon nicht mehr hören?
Dann geht es euch nicht anders als uns. Diese Forderungen sollten im Jahr 2014 eigentlich längst verwirklicht sein. Es ist beschämend, dass wir immer noch auf deren Umsetzung pochen müssen.

Was haben wir in den letzten Jahren immer und immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass Gleichstellung zwischen Frauen und Männern hierzulande zwar auf dem Papier steht, aber nicht in der Realität angekommen ist, dass Frauen noch immer ein Viertel weniger verdienen als Männer, dass sie aber viel mehr unbezahlte Arbeit leisten, Kinder betreuen, Angehörige pflegen ...

Die Vorzeichen am Beginn dieser neuen Legislaturperiode geben wenig Anlass zur Hoffnung auf einen Schulterschluss der Regierung in Sachen Gleichstellung und auf eine Ministerin, die sich verstärkt den notwendigen Anliegen widmet, aber: Wir versprechen euch, wir bleiben dran! Wir lassen nicht locker – so lange, bis Halbe-halbe selbstverständlich ist, von der Familie bis ins Parlament.

Abg. z. NR Berivan Aslan

FRAUENSPRECHERIN

Abg. z. NR Judith Schwentner

SOZIALSPRECHERIN





VORWORT

LIEBE FREUNDINNEN, LIEBE FREUNDE!

Es ist mit freiem Auge sichtbar: Weltweit wächst in Ländern mit fortschreitender Gleichstellung auch der Wohlstand – und umgekehrt. Wo die Hälfte der Bevölkerung ihrer Möglichkeiten beraubt wird, wächst das Elend und sinkt das Bildungsniveau.

Wer denkt, Norwegen sei nur wegen seines Nordseeöls reich, könnte sich fragen, warum das nicht auf alle rohstoffreichen Länder zutrifft. Und warum in Norwegen eine bürgerliche Regierung eine Frauenquote für Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen eingeführt hat, die niemand mehr abschaffen will.

Europa darf sich global gesehen – noch – als fortschrittlich betrachten, doch auch hier gibt es mehr Rückschritte als Fortschritte in der Gleichstellung, wie Beispiele in diesem Bericht zeigen. Mit Bildung beginnt es: Selbstbewusstsein, wirtschaftliche Selbständigkeit, Ringen um Gleichstellung. Da wird die Grüne Bildungswerkstatt immer vorn dabei sein.

Juliane Alton

OBFRAU DER GRÜNEN BILDUNGSWERKSTATT VORARLBERG

EINLEITUNG **EIN EUROPA DER FRAUEN**

Am 25. Mai 2014 entscheiden Bürgerinnen und Bürger aus 28 europäischen Staaten über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments (EP) für die kommenden fünf Jahre; wieder sind mehr Frauen als Männer wahlberechtigt. Nicht zuletzt deshalb beschäftigt sich der Grüne Frauenbericht 2014 auch mit frauenpolitischen Fragen jenseits der österreichischen Grenzen.

Europa erscheint oft weit weg, aber wir leben mittendrin. Das Europäische Parlament (Frauenanteil derzeit: 35 %), das einzige direkt gewählte Organ der EU, hat enormen Einfluss auf die Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen der Union: Die künftig 751 Abgeordneten können entscheidende soziale, ökologische oder auch frauenpolitische Initiativen setzen – wie der jüngste Vorstoß für eine Frauenquote in Aufsichtsräten beweist. Die konservative Mehrheit im EP kann Frauenrechte aber auch dramatisch behindern, wie die Ablehnung des Estrela-Berichts im Herbst 2013 illustriert hat.

Wir geben in dieser Ausgabe Berivan Aslan - unserer neuen Frauensprecherin im Nationalrat - Gelegenheit, ihre frauenpolitischen Schwerpunkte zu formulieren, befragen Expertinnen zu aktuellen europapolitischen Themen und porträtieren Frauen, die sich für Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Daraus hoffen wir Anregungen und Überlegungen zu entwickeln, wie ein soziales, geschlechtergerechtes und feministisches Europa aussehen könnte. Denn Demokratie heißt auch, dass Frauen überall in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gleichberechtigt vertreten sind. Deshalb braucht sowohl das Österreichische aber auch das Europäische Parlament starke Frauen, wenn wir öffentliche Haushalte geschlechtergerecht gestalten, Modelle des europäischen Mindestlohns diskutieren, den Kampf gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen in den Vordergrund rücken und die Selbstbestimmungsrechte der Frauen ganz allgemein stärken wollen.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen.

■ **DAS REDAKTIONSTEAM**

Die Politologin Maria Rösslhumer ist Geschäftsführerin des Vereins Autonomer Frauenhäuser, Leiterin der Frauen-Helpline gegen Gewalt (0800 222 555) und des in Wien angesiedelten Netzwerks „Wave – Women Against Violence Europe“.

MARIA RÖSSLHUMER EU-STRATEGIE GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Der Druck insgesamt in der Gesellschaft nimmt zu, wird auch Gewalt schlimmer?

Ja, wir sind wirklich erschüttert über die zunehmend schweren Misshandlungen an Frauen. Die Morde, die in letzter Zeit an Frauen verübt wurden, waren fast Hinrichtungen auf offener Straße, oft vor den Augen der Kinder. Das haben wir so massiv noch nicht erlebt. Männer wählen mittlerweile einen öffentlichen Schauplatz, um zu demonstrieren, dass sie jetzt dem Ganzen ein Ende setzen wollen.

Kürzlich präsentierte die EU-Grundrechteagentur (FRA) eine Studie, wonach Frauen in Österreich zu wenig wissen, wo sie Unterstützung bekommen könnten. Was müsste sich ändern?

Diese Studie hat gezeigt, dass es in der ganzen EU Missstände gibt. Die Überraschung war, dass das auch in skandinavischen Ländern nicht anders ist, von denen man angenommen hatte, sie wären schon viel weiter. In Österreich weiß jede fünfte Frau nicht, wohin sie sich wenden soll. Das finde ich erschreckend, denn Frauenhäuser gibt es hier seit 35 Jahren. Die Frauen-Helpline 0800 222 555 haben wir zwar erst seit 15 Jahren, aber trotzdem ist es bemerkenswert, dass sie so wenige Frauen kennen. Andererseits ist es nicht überraschend, weil wir so wenig Geld für Öffentlichkeitsarbeit haben. Im Grunde müssten die Einrichtungen permanent und flächendeckend beworben werden. Die Nummer der Helpline müsste eigentlich jeder Haushalt haben, so wie die von Polizei oder Feuerwehr.

Immer wieder werden sexuelle Belästigungen ins Lächerliche gezogen. Erleben wir eine Verharmlosung des Themas?

Ja, oft leider auch von JournalistInnen. Gewaltdelikte werden als Familientragödien abgetan und nicht als Mord oder schwerer Gewaltvorfall in der Familie bezeichnet. Gewalttäter werden nicht beim Namen genannt, man hört selten das Wort Vergewaltiger. Da beginnt die Verharmlosung.

Die „#aufschrei“-Debatte löste bei manchen fast ein Erstaunen darüber aus, wie viele Frauen mit sexueller Belästigung bis hin zu Gewalt konfrontiert sind. Hat man das verdrängt?

Ein Ergebnis der FRA-Studie lautete, dass auch Frauen in Spitzenpositionen häufig sexuelle Belästigungen erleben. Ich habe mir ja gedacht, dass der Anteil viel höher sein müsste, dass viele Frauen Übergriffe aber verdrängen, abtun oder niemandem davon erzählen, weil sie so alltäglich sind. Die „#aufschrei“-Debatte hat aufgezeigt, dass viele Frauen betroffen sind. Die Ergebnisse der Studie haben wieder ein Bewusstsein geschaffen und rütteln hoffentlich auch die Männer wach.

Passiert in der Burschenarbeit genug?

Viel zu wenig. Es gibt Männerberatungsstellen, die mit Burschen arbeiten, aber das sind immer nur Tropfen auf heiße Steine. Man müsste strategisch vorgehen, in jeder Schule Gewaltpräventionsarbeit mit Burschen durchführen – genauso wie mit Mädchen. Ministerin Heinisch-Hosek erarbeitet einen Nationalen Aktionsplan gegen Gewalt, und wir haben deponiert: Es ist extrem wichtig, dass Kinder und Jugendliche lernen, was Partnerschaft bedeutet. Das gehört unbedingt in den Unterricht und in die Arbeit mit Jugendlichen eingebracht.

Wunsch auf EU-Ebene?

Da haben wir mit Ulrike Lunacek eine wirklich würdige Vertreterin. Aber wir brauchen eine gemeinsame EU-Strategie im Kampf gegen Gewalt an Frauen, an der auch Männer mitwirken. Und ich wünsche mir, dass Frauenpolitik im Wahlkampf eine stärkere Rolle spielt. Denn die Grünen sind eigentlich eine Frauenpartei, und viele Frauen wählen die Grünen, weil sie Politik machen, mit der wir uns gut identifizieren können. Aber uns fehlt oft das öffentliche Bekenntnis zur Frauenpolitik.

■ SONJA FERCHER



RENATE BLUM SEXARBEIT UND SELBSTBESTIMMUNG

Rahmenbedingungen sind ein wichtiges Thema für Renate Blum. Immer wieder verweist die Sozialarbeiterin darauf, wie wichtig es ist, sich die Rahmenbedingungen genau anzusehen – und genau zu differenzieren. Das hat einen guten Grund, immerhin beschäftigt sich der Verein LEFÖ mit zwei sehr heiklen Themen: Sexarbeit und Menschenhandel. Gegründet wurde die Beratungsstelle Mitte der 1980er Jahre von lateinamerikanischen Migrantinnen. Sie sollte ein Forum für Vernetzung und gegenseitige Unterstützung der meist vor den politischen Umständen geflüchteten Frauen bieten. Angepasst an die Bedürfnisse der Migrantinnen, entwickelten die Mitarbeiterinnen weitere Angebote – zunächst Deutschkurse, später die Beratung von Sexarbeiterinnen und Opfern von Menschenhandel.

Sexarbeiterinnen sind in Europa – mehr noch als MigrantInnen – mit einer ungemein schwierigen Lage konfrontiert. In mehreren Ländern werden Verbote der Sexarbeit diskutiert, das Europäische Parlament hat zuletzt die Bestrafung von Freiern beschlossen. Doch wie soll man sich dem Thema nähern, ohne zu verharmlosen oder zu übertreiben? „Es ist ganz wichtig, sich die Rahmenbedingungen anzuschauen“, meint dazu Renate Blum. Denn diese können aus Sicht von LEFÖ den Unterschied zwischen Sexarbeit und Menschenhandel deutlich machen: „Auch wenn es Überschneidungen gibt, sind es zwei ganz verschiedene Dinge: Frauenhandel ist ein international angelegtes Strafdelikt, während Sexarbeit, so wie wir sie verstehen, eine Dienstleistung ist.“

Auch bei der Sexarbeit selbst komme es darauf an, sich die Rahmenbedingungen genau anzusehen. „Und das ist nicht einfach“, ergänzt Blum. Denn in Laufhäusern oder großen Bars zum Beispiel seien es letztlich die BetreiberInnen, die bestimmen. „Die Frage ist, inwiefern Frauen selbst entscheiden und autonom handeln können, ob sie einen Kunden nehmen oder

nicht.“ Da werde natürlich Druck auf die Frauen ausgeübt. „Das heißt auch, dass man nicht wegsehen darf.“

Ein Dorn im Auge ist Blum die Vertreibung des Straßenstrichs; aber auch die Bestrafung von Freiern führe lediglich dazu, dass die Frauen in den Untergrund gehen. Am Beispiel Schweden, das die Bestrafung der Freier beschlossen hat, könne man das bereits beobachten. Durch diese Maßnahme werde es den Frauen auch schwer gemacht, Beratungsstellen aufzusuchen und dort Unterstützung zu erhalten.

In Österreich wird zwar noch kein Verbot diskutiert, allerdings wird der Platz für Sexarbeiterinnen immer enger. Straßenprostitution darf in Wien nur noch an zwei Orten ausgeübt werden: „Das entspricht nicht unseren Vorstellungen, weil die Arbeitsbedingungen dort nicht gut sind. Wir fordern, dass es Infrastruktur wie Sanitäreinrichtungen oder Stundenhotels in der Nähe gibt, wenn auf der Straße gearbeitet wird, sodass das Geschäft nicht irgendwo im Auto oder Park vollzogen wird, was nicht erlaubt ist.“ LEFÖ hält es für den falschen Weg, es den Sexarbeiterinnen immer schwerer zu machen. Vielmehr müssten deren Rechte ausgeweitet werden: „Nur dann kann sich ihre Situation verbessern“, ist Blum überzeugt.

Eine zentrale Forderung von LEFÖ lautet: Mehr Selbstbestimmung für die Frauen, damit sich beispielsweise drei oder vier Sexarbeiterinnen zusammenschließen und ein Studio aufmachen können. „Sie sollen autonom entscheiden und vereinbaren, was sie anbieten und was nicht, und sich dann die Einnahmen untereinander aufteilen.“ Bei all dem dürfe man nicht vergessen, dass der Arbeitsmarkt für Migrantinnen nur schwer zugänglich ist. Man könne nicht Sexarbeit aus moralischen Erwägungen verbieten, Migrantinnen aber keine Chancen am Arbeitsmarkt gewähren.

■ SONJA FERCHER



DAS RAD DER EMANZIPATION ZURÜCKDREHEN

EIN ZWISCHENBERICHT AUS SPANIEN

Nach 1945 gab es in Europa nicht nur im Osten diktatorische Regime. In Südeuropa regierten Rechtsdiktaturen: Salazar in Portugal, Militärs in Griechenland und die Faschisten unter Franco in Spanien. Und nicht nur dort, sondern auch in den meisten europäischen Demokratien hatten Frauen sich um Herd und Familie zu kümmern, zum Arbeiten brauchten sie die Genehmigung des Ehemannes.

Ist all das Vergangenheit? Leider nein. Während die autoritär-kommunistischen Regime und ihre Ideologie nach 1989 diskreditiert waren, kam es insbesondere in Spanien niemals zum Bruch mit der Franco-Diktatur. Die oppositionellen Sozialisten stimmten 1978 aus Angst vor einem Rückfall in die Diktatur einer Verfassung zu, die einen König installierte, am Zentralstaat festhielt und die Günstlinge des Franco-Regimes in Wirtschaft, Kirche und Medien unbehelligt ließ.

Innerhalb des konservativen Partido Popular überlebten faschistische Ideologie und erzkonservative Gesellschaftsbilder. Diese „Law and Order“-Mentalität beschränkt sich nicht auf den harten Kurs gegen BaskInnen und KatalanInnen oder auf den autoritären Politikstil, den die Regierung gemeinsam mit der sogenannten Troika, dem budgetpolitischen Kontrollgremium aus EZB, IWF und Europäischer Kommission, umsetzt. Der Partido Popular propagiert ein reaktionäres Gesellschaftsbild, das in Allianz mit fundamentalistischen katholischen Kreisen die Grundwerte der Aufklärung in Frage stellt. Es erinnert an Entwicklungen, die auch in anderen Teilen Europas – insbesondere in Ungarn – zu beobachten sind: Freiheiten für Großunternehmen zu propagieren und persönliche Freiheitsrechte einzuschränken geht Hand in Hand.

Auch der gegenwärtige Angriff auf Frauenrechte ist in diesem Zusammenhang zu verstehen. In der ÖH-Zeitung *Progress* klagt die feministische Aktivistin Ana María Pérez del Campo an: Während der ETA-Terror 857 Tote forderte und jahrzehntelang einen „schmutzigen Krieg“

der Regierung gegen den baskischen Separatismus rechtfertigte, wurden seit 1968 mehr als 8900 Frauen von ihren Partnern und Ex-Partnern ermordet, was von staatlichen Stellen bis heute systematisch verharmlost wird.

SOZIALPOLITIK GEGEN FRAUEN

Heute nutzt die konservative Regierung den von der Europäischen Kommission oktroyierten Spardruck gezielt, um vor allem jene Teile des Sozialstaats auszuhöhlen, die der eigenen Ideologie widersprechen. So kam es beispielsweise zur Schließung zahlreicher Frauenhäuser. Aber nicht nur die Sozialpolitik wird gegen Frauen eingesetzt: Gegen den Willen des Großteils der Bevölkerung wird gerade ein neues Gesetz beschlossen, das Schwangerschaftsabbruch weitgehend verbietet. Es gibt also jede Menge Hausaufgaben für die europäische Frauenpolitik. Wann kümmert sich die Europäische Kommission darum?

■ **ANDREAS NOVY** ist Obmann der Grünen Bildungswerkstatt und lehrt an der Wirtschaftsuniversität Wien.

ARM, WEIBLICH, KRANK

FORDERUNGEN ZUR VERBESSERUNG DER GESUNDHEIT VON FRAUEN

Frauengesundheit und Gendergerechtigkeit sind nicht ausreichend in das österreichische Gesundheitswesen integriert. Das aktuelle Regierungsübereinkommen erwähnt lediglich drei Maßnahmen – und selbst diese ohne Finanzierungsgrundlage. Zugleich drohen durch die Gesundheitsreform und die Koppelung der Ausgaben an das BIP massive Einsparungen. Nach dem Prinzip „Health in All Policies“ muss Frauengesundheit in allen Politikbereichen beachtet werden. Wichtig ist vor allem die Stärkung der PatientInnen durch Empowerment und Partizipation.

Es gibt weiters einen Zusammenhang zwischen niedrigem Einkommen und schlechter Gesundheit. Rund 281.000 Frauen in Österreich sind akut arm, etwa doppelt so viele sind armutsgefährdet. Besonders betroffen sind Alleinerzieherinnen, Pensionistinnen und Migrantinnen.

Bereits ab dem Alter von 18 Jahren schätzen einkommensschwache Frauen ihren Gesundheitszustand schlechter ein. Einkommensschwache Frauen ab 45 Jahren haben öfter Schmerzen, sind öfter chronisch krank und haben eine geringere Lebenserwartung. Sie nehmen Gesundheits-, insbesondere Vorsorgeleistungen seltener in Anspruch. Wissensdefizite und Angst vor Selbsthalten stellen große Barrieren dar. Die Gesundheitsversorgung muss daher niederschwellige Angebote für diese Frauen anbieten.

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE UNTERSCHIEDE IN DER MEDIZIN

In der Medizin sind Untersuchungs-, Diagnose- und Behandlungsmethoden noch immer an der männlichen Norm orientiert, obwohl es gravierende geschlechtsspezifische Unterschiede geben kann. Psychopharmaka, Schlafmittel, Mittel gegen Kopfschmerzen und niedrigen Blutdruck werden fast ausschließlich von Frauen eingenommen, aber selten an Frauen getestet. Frauen leiden deshalb doppelt so häufig an Nebenwirkungen wie Männer. Die Bioethikkommission empfiehlt daher ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis bei Medikamentenstudien. Die Vergabe von Forschungsmitteln sollte an die Beachtung dieses Prinzips gekoppelt sein.

Die häufigste Todesursache von Frauen sind Herzerkrankungen. Frauen haben jedoch andere Symptome als Männer, was die Diagnose erschwert. Studien weisen darauf hin, dass Frauen in der Kardiologie schlechter behandelt werden als Männer. Sie werden seltener auf Intensivstationen verlegt und erhalten seltener Bypass-Operationen. Außerdem nehmen sie aus vielerlei Gründen stationäre Rehabilitation nach Krankenhausaufenthalten von Herz-Kreislauf-Erkrankungen seltener in Anspruch.

Ein weiteres Thema ist die psychische Gesundheit von Frauen. Frauenspezifische Ursachen von Depressionen müssen weiter erforscht werden. Wir brauchen Programme zur Stressprävention und psychischen Gesundheitsförderung von Frauen sowie niederschwellige, bedürfnisorientierte Betreuungsmöglichkeiten für von Demenz betroffene Frauen und deren Angehörige.

Psychiatrische Krankenhäuser müssen spezielle Freiräume für Frauen schaffen und ihr Personal für die Bedürfnisse psychisch kranker Frauen sensibilisieren.

FRAUENGESUNDHEIT UND EU

Mit einer sehr knappen Mehrheit lehnte das Europäische Parlament in Straßburg Ende 2013 den umstrittenen Estrela-Bericht über sexuelle und reproduktive Gesundheit ab, der unter anderem den Zugang zu Verhütungsmitteln, zu altersgerechtem Aufklärungsunterricht, zu medizinischer Betreuung während Schwangerschaft und Geburt oder zu sicheren Abtreibungen forderte.

Angesichts dieses Rückschlags und aktueller Entwicklungen wie etwa in Spanien, wo grundlegende Frauenrechte beschnitten werden, ist es in Zukunft noch wichtiger, die Selbstbestimmungsrechte von Frauen zu verteidigen.

GRÜNE FORDERUNGEN

- Medikamentenzulassung nur nach Gender-adäquaten Studien
- Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Behandlungserfordernissen in der medizinischen Ausbildung
- Kassenfinanzierte Mammografie auch für Frauen, die nicht vom neuen Screening-Programm umfasst sind
- Gratis-Verhütungsmittel und mehr Sexualaufklärung
- Schwangerschaftsabbrüche in öffentlichen Krankenanstalten in allen Bundesländern
- Verbesserung der Qualitätssicherung bei PAP-Abstrichen
- Gewaltprävention im Gesundheits(ausbildungs-)system
- Prävention von Körperbild- und Essstörungen, z. B. durch realistische Abbildung von Frauenkörpern in den Medien
- Bessere Karrierechancen für Frauen in medizinischen Berufen
- Aufwertung der Betreuung schwangerer Frauen durch Hebammen

■ **GABRIELE STAUFFER** ist Referentin für Gesundheits- und Behindertenpolitik im Parlamentsklub der Grünen.

Brigitte Theißl (geb. 1982) ist Medienexpertin und Genderforscherin, lehrt an den Universitäten Graz und Salzburg und schreibt für das feministische Magazin *an.schläge*. Ihre Forschungsschwerpunkte sind feministische Medienforschung, Männlichkeiten und soziale Bewegungen.

BRIGITTE THEISSL DAS INTERNET FEMINISTISCH BESETZEN

Anfang 2013 löste ein Porträt, das die *Stern*-Journalistin Laura Himmelreich über den FDP-Politiker Rainer Brüderle verfasste und in dem sie dessen sexistische Belästigungen ihr gegenüber thematisierte, unter dem Hashtag #aufschrei eine breite Debatte aus. Brigitte Theißl spricht im Interview über #aufschrei und die Folgen und analysiert die Berichterstattung in den Mainstream-Medien.

In einem Blogbeitrag zu #aufschrei schreiben Sie, dass manche von der Existenz des Sexismus überrascht waren. Hat man darauf vergessen, auf welcher alltäglichen Ebene Diskriminierungen stattfinden?

Einerseits hängt das mit der medialen Logik zusammen, denn in Mainstream-Medien gibt es keine kontinuierliche, qualitativ hochwertige Berichterstattung zu feministischen Themen und Gewalt gegen Frauen. Es wird nicht vermittelt, dass das in der Struktur der Gesellschaft verankert ist. Wenn dann einmal ein Ereignis Aufmerksamkeit generiert, erscheinen plötzlich viele Artikel und Sendungen dazu. Oder es wird am Internationalen Frauentag darüber berichtet, und der ORF zeigt einen Schwerpunkt mit zwei Dokus über berühmte Frauen, die die Weltgeschichte beeinflusst haben. Aber das war es dann wieder. Andererseits wird suggeriert, dass Frauen ja schon alles erreicht hätten und dass die Gesellschaftsstrukturen eh schon so seien, dass ich mich selbst verwirklichen und alles erreichen kann, auch wenn ich Frau bin, Lesbe oder schwarz. Es liege nur in meiner eigenen Verantwortung, das auch zu tun.

Wie haben Sie die Berichterstattung rund um #aufschrei wahrgenommen?

In deutschen Medien ziemlich gut, in Österreich ziemlich schlecht. Da gab es etwa ein „Im Zentrum“ im ORF, in dem Sexismus auf die Ebene von anzüglichen Komplimenten gestellt wurde. Michael Jeannée von der *Kronen Zeitung* war

zu Gast. Das zeigte, dass man nicht verstanden hat, worum es bei dem Thema eigentlich geht.

Ist der größte Erfolg von #aufschrei eine breit geführte gesellschaftliche Debatte über Sexismus?

Ich war schon überrascht, dass die Medien das Jubiläum „Ein Jahr #aufschrei“ begangen haben. Aber ich habe nicht bemerkt, dass sich die Berichterstattung groß verändert hätte.

Sie sind auch Netzfeministin. Wie aktiv ist die Szene in Österreich?

Sehr aktiv. Mittlerweile schreiben einige feministische Bloggerinnen in Österreich. Seit über einem Jahr gibt es zudem das „Netzfeministische Bier“, und gerade wird das zweite Femcamp organisiert. Junge Frauen scheinen ein großes Bedürfnis danach zu haben, sich mit dem Internet und netzpolitischen Fragen auseinanderzusetzen. Da tut sich etwas.

Ich habe gelesen, wenn man sich im Netz feministisch engagiert, muss man sich einiges gefallen lassen. Passiert Ihnen das auch?

Ja. Ich habe per E-Mail sogar schon Morddrohungen bekommen, in Form von Beschreibungen, in denen eine Frau sexualisiert zu Tode gefoltert wird. Das ist aber glücklicherweise schon länger nicht mehr passiert. Es gibt Menschen, die das systematisch machen. Ich kenne keine feministische Bloggerin, die nicht schon einmal Drohungen erhalten hat. Auch in meinem Blog landen immer wieder wüste Beschimpfungen, sodass ich die Kommentare extra freischalten muss. Beim Femcamp hat jemand das Wiki gehackt und Pornobilder eingespielt. Jedes Mal, wenn irgendwo ein Barcamp stattfindet, das mit Feminismus zu tun hat, dreht irgendwer durch und startet eine Aktion.

■ SONJA FERCHER





FRAUENSPRECHERIN BERÏVAN ASLAN IM GESPRÄCH

Ein Zitat von Ihnen lautet: „Mir war schon in meiner Jugend klar, dass ich eine knallGrüne bin.“ Was ist für Sie das Herz knallgrüner Frauenpolitik?

Die strukturelle Benachteiligung der Frauen abzubauen. Dabei geht es um alle Lebensbereiche: die Frau in ihrem Alltag – ob im Bus, in der Straßenbahn oder in einem Einkaufszentrum –, die Frau als Mutter, die Betreuungsverpflichtungen für ihre Kinder hat, die Frau als Partnerin oder die Frau als Führungskraft, die Verantwortung für viele ArbeitnehmerInnen hat. Für mich bedeutet Frauenpolitik nicht nur Frauenpolitik in Wien oder Österreich, sondern es ist ein sehr weiter und universeller Begriff. Ich gehöre zu dem kleinen Prozentsatz der Weltbevölkerung, der in einem schönen geografischen Viertel lebt, nicht so sehr von Armut gefährdet und weniger von Naturkatastrophen betroffen ist. Das sehe ich als Chance. Da die Frau in Indien oder in Afrika diese Chance nicht oder nicht in diesem Ausmaß hat, finde ich, dass uns umso mehr die Verantwortung und die Verpflichtung obliegt, uns auch für andere Frauen auf der Welt einzusetzen.

Mit Blick auf die österreichische Frauenpolitik: Wo sehen Sie da die größten Herausforderungen?

Die Probleme für uns Frauen haben sich in den letzten Jahrzehnten leider nicht sehr verändert. Frauen müssen noch immer drei Monate länger arbeiten, um gleich viel zu verdienen wie ein Mann, und dazu erledigen sie nach wie vor den Großteil der unbezahlten Arbeit, wie Hausarbeit oder die Pflege von Angehörigen.

Frauen sind stärker von Armut betroffen als Männer. Vor allem Alleinerzieherinnen sind sehr benachteiligt. Ich weiß durch den Fall meiner Schwester sogar persönlich, wie hart es Alleinerzieherinnen treffen kann. Wir haben ihre Kinder gemeinsam erziehen müssen, weil sie einfach null Chancen hatte, ihre Existenz zu sichern. Vor allem im ländlichen Raum ist es viel schwieriger,

Kinderbetreuungseinrichtungen zu finden. Da ist die Frau oft abhängig von ihren Verwandten, Bekannten und FreundInnen. Da alleinerziehende Frauen oft nur Teilzeitjobs annehmen können, werden sie noch einmal benachteiligt: in der Pension, beim Arbeitslosengeld oder bei der Notstandshilfe. Wenn eine Frau aus der Karenz wieder ins Berufsleben einsteigen möchte, wird ihr auch das schwer gemacht. Oft muss sie Jobs annehmen, für die sie überqualifiziert ist und wer einmal Teilzeit arbeitet, hat es schwer, wieder auf Vollzeit umzusteigen. Flexible Arbeitszeiten, die mit der Kinderbetreuung abgestimmt sind, eine Aufwertung von Teilzeitjobs und ein Rückkehrrecht in Vollzeitjobs sollten schon längst Standard bei uns sein.

In der politischen Diskussion werden Ausbau der Kinderbetreuung und Erhöhung der Familienbeihilfe gern als Entweder-oder-Thema dargestellt. Wie sehen Sie das?

Es kann da kein Entweder-oder geben, weil es nur funktionieren kann, wenn alles parallel läuft. Es hilft einer alleinerziehenden Frau nicht, wenn sie zwar Familienbeihilfe bekommt, aber keine Kinderbetreuungseinrichtung findet. Deswegen ist ein flächendeckendes Kinderbetreuungsangebot wichtig, und zwar nicht nur tagsüber, sondern auch am Wochenende und am Abend. Was tut denn eine Frau, die in der Gastronomie arbeitet? Sie muss entweder die Freundin anrufen, weil alle Kindergärten schon geschlossen sind, oder sich eine Tagesmutter suchen, an die sie die Hälfte ihres Verdienstes wieder abgibt. Das ist nicht effizient. Man muss die Entscheidungsfreiheit der Frauen ermöglichen. Daran fehlt's!

Die Grünen haben gegen die Eingliederung des Frauenministeriums in das Bildungsministerium protestiert. Ist es wirklich so relevant, wo die Agenden zugeordnet sind?

Dass sich die Regierung von einem eigenständigen Frauenministerium verabschiedet hat, ist eine Bankrotterklärung. Sich als Ministerin nur nebenbei auch ein bisschen um die Frauen

zu kümmern, ist Politik von vorgestern. Solange Frauen von der Gleichstellung noch meilenweit entfernt sind, geht ohne eigenständiges, starkes Frauenministerium gar nichts. Aber die Regierung beweist mit ihrer Entscheidung, wie hoch für sie der Stellenwert der Frauenpolitik in Österreich ist. Im Regierungsübereinkommen ist das Frauenkapitel außerdem von sechs auf zwei Seiten gekürzt worden – und, wir haben nur noch fünf Ministerinnen. Das letzte Mal, als es in einer österreichischen Regierung nur fünf Ministerinnen gab, war 1995!

Die dieStandard.at-Redakteurin Beate Hausbichler schreibt, es gebe eigentlich keinen Mangel an frauenpolitischen Initiativen. Diese würden allerdings den „leider oft falschen Eindruck“ erwecken, dass sehr viel gegen Diskriminierung getan werde. Eine zu pessimistische Sicht?

Ganz und gar nicht. Es gibt immer noch Diskriminierungen; Frauen werden immer noch am Arbeitsplatz oder im privaten Leben benachteiligt. Sie sind immer noch Gewalt ausgesetzt, und damit meine ich nicht nur physische, sondern auch psychische Gewalt, also Mobbing oder sexuelle Belästigungen. Es mag sein, dass in den letzten Jahren viel gemacht wurde, aber wir stehen immer noch oft vor der Situation, dass Frauenhäuser nicht wissen, wie sie über die Runden kommen. Aber diese Seite wird nicht beleuchtet, sondern bloß die schönen Projekte. Manche sagen: Es ist eh alles in Ordnung, was wollt ihr noch mehr? Aber wenn wir im Jahr 2014 immer noch gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit fordern müssen, den Schutz für Frauen gegen Gewalt verlangen oder Vorsorgemaßnahmen gegen Altersarmut von Frauen, dann ist eben nichts in Ordnung!

Auf welcher Baustelle wäre am dringendsten etwas zu tun?

Es gibt viele Lebensbereiche, wo Frauen benachteiligt sind. Aber die wichtigste Maßnahme wäre ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro, der Frauenarmut verhindert. FrisörInnen, Kanzleikräfte oder ServiererInnen z.B. würde das sofort ein höheres Einkommen verschaffen. Jede die arbeitet, muss auch davon leben können. Wichtig sind auch eine Entkoppelung der Notstandshilfe vom Partnereinkommen und der Ausbau von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen. Ein Nationaler Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen fehlt ebenso, wie Frauenquoten in Führungspositionen. Besonders im Argen liegt das Thema Pflege. Es ist beschämend, dass der Staat diese Betreuungsaufgaben einfach in den privaten Bereich abschiebt. Meistens sind es Frauen, die ihre Angehörigen pflegen – „weil das ja eh

üblich ist“, „weil das ja seit Jahrzehnten so war“. Da muss sich dringend was ändern! Ich hoffe, dass sich bald auch Männer für die Pflege ihrer Angehörigen zuständig fühlen.

Welche besonderen Herausforderungen müssen Migrantinnen bewältigen?

Migrantinnen sind in Österreich vielfach benachteiligt. Sie arbeiten oft in Jobs, für die sie völlig überqualifiziert sind, weil es viel zu lange dauert, bis die aus dem Ausland mitgebrachten Qualifikationen gesetzlich und in der Praxis anerkannt werden. Die Potenziale der Einwanderinnen werden nicht gefördert und genutzt.

Viele Frauen, die ihren Männern nach Österreich folgen, sind in einer prekären Situation, die durch das Fremdenrecht weiter verschärft wird. Selbst wenn Frauen von Gewalt durch ihren Ehemann bedroht sind, laufen sie Gefahr ihren Aufenthaltstitel zu verlieren. Ein eigener, vom Mann unabhängiger Aufenthaltstitel, und ein Zugang zum Arbeitsmarkt sind daher dringend notwendig. Nach wie vor gibt es keine flächendeckenden Deutschkurse. Frauen, die auf DolmetscherInnen angewiesen sind, stehen oft vor großen Hürden, nicht nur im Alltagsleben, sondern auch im Gesundheitswesen und im juristischen Bereich.

In meiner Zeit als Dolmetscherin habe ich erlebt, dass durch das Dolmetschen der Frau durch den eigenen Sohn oder Mann Fehldiagnosen entstanden: So erinnere ich mich an eine Frau, der psychologische Gutachten bescheinigten, dass sie manisch-depressiv und traumatisiert sei, weil sie in ihrem Dorf eine Schlägerei mitangesehen habe. Aufgrund des körperlichen und psychischen Zustandes merkte ich aber, dass das allein nicht stimmen konnte. Es musste einen anderen Grund geben. Da sie aber immer durch ihren Sohn oder einen anderen Mann gedolmetscht wurde, traute sie sich nicht, die ganze Wahrheit zu sagen. Ich habe dann schließlich herausgefunden, dass sie vergewaltigt worden war.

Migrantinnen wird sehr schnell unterstellt, dass sie zwangsverheiratet sind, dass sie zum Kopftuchtragen gezwungen werden usw. Sind solche Verallgemeinerungen nicht auch gefährlich?

Natürlich sind sie das! DIE migrantische Frau gibt es nicht. Es gibt Kopftuchträgerinnen, die es aus Tradition oder reli-



giöser Überzeugung machen und sogar welche, die das als feministisches Statement begreifen. Der Großteil der migrantischen Frauen trägt übrigens überhaupt kein Kopftuch. Zwangsverheiratung ist leider noch immer eine Tatsache, daher ist es notwendig, dass es z.B. im Schulunterricht Thema wird. LehrerInnen, SozialarbeiterInnen und PolizistInnen sollten im Erkennen von potenziellen Opfern geschult werden. Und nach wie vor fehlen Notwohnungen für Betroffene oder von einer Zwangsheirat Bedrohte. Der Verein Orient Express hat laut einer Statistik im Jahr 2012 insgesamt 89 Frauen beraten. Von Jahr zu Jahr wenden sich mehr Opfer an diese Krisenberatungsstelle. Das ist die eigentlich positive Entwicklung, denn nicht die Zahl der Zwangsverheiratungen ist gestiegen, sondern die Zahl der Frauen und Mädchen, die ihr Schweigen brechen und Unterstützung suchen. Präventionsarbeit und öffentliche Sensibilisierung haben geholfen, dass Zwangsheirat kein Tabuthema mehr ist.

Sie haben in einem Interview mit *Kosmo* gesagt: „Ich möchte nach fünf Jahren Arbeit im Parlament in den Spiegel schauen und sagen: Ich schäme mich nicht für die Politik, die ich gemacht habe.“ Welche politischen Vorhaben müssten Sie dann umgesetzt haben?

Mir ist wichtig, dass ich von meiner politischen Linie nicht abweiche. Mit „In den Spiegel schauen können“ habe ich auch gemeint, mich nicht über den Tisch ziehen zu lassen

und mich auch nicht an Spielen zu beteiligen, die von irgendwelchen Machtinteressen gelenkt werden.

Ich komme ja von der Straßenpolitik, mit fünf Jahren bin ich schon auf einer Demo gewesen. Ich habe in meinem Leben nichts anderes gemacht, als für Menschen- und Frauenrechte zu kämpfen. Jetzt bin ich in der Parteipolitik als Quereinsteigerin, das ist eine Umstellung für mich. Auf der Straße hatte ich mein Megaphon in der Hand und konnte sagen, was mir am Herzen liegt. Parteipolitik ist doch etwas anderes, das kostet mich natürlich schon Energie, und es ist auch eine Herausforderung. Sollte ich irgendwann das Gefühl haben: „Nein, eigentlich bin ich überhaupt nicht zufrieden mit der Ideologie oder Sichtweise meiner Partei“, dann kann es sehr leicht sein, dass ich sage: „Dann gehe ich wieder zurück und kämpfe weiter für Menschen- und Frauenrechte auf der Straße.“

Berivan Aslan ist Frauen- und KonsumentInnenschutzsprecherin der Grünen im Nationalrat.

■ SONJA FERCHER

CHRISTINA WIESER ÜBER FRAUEN AN DER SPITZE

Die Arbeiterkammer macht den *Frauen.Management.Report* seit bald zehn Jahren. Hat sich in dieser Zeit etwas verbessert?

Kaum. Im Jahr 2005 lag die Frauenquote in Aufsichtsräten bei den Top-200-Unternehmen bei 7,7 %, heuer liegt sie bei 14 %. Wenn alles so bleibt, brauchen wir noch 40 Jahre, bis wir dort sind, wo wir hinwollen und wo andere Länder schon längst sind. In Frankreich zum Beispiel haben wir bei börsennotierten Unternehmen eine Frauenquote von 30 %. Dort wurde die Quote im Jahr 2001 eingeführt; damals lag der Frauenanteil noch bei 12 %. Der europäische Schnitt liegt aktuell bei 18 %. Wir sind also auch da deutlich unterhalb des Durchschnitts und schreiten im Schneckentempo voran, insbesondere bei börsennotierten Unternehmen.

Warum geht es in Österreich so langsam?

Die Impulse kommen aus jenen Ländern, die gesetzliche Regelungen haben. In Frankreich gibt es Sanktionen, auch in Norwegen. Auch in anderen Ländern existieren Quotenregelungen, zum Beispiel in Spanien oder Italien, ab 2016 auch in Deutschland. Hier hat Österreich auf jeden Fall Aufholbedarf. Denn wir haben nur freiwillige Regelungen, etwa den Corporate Governance Codex für börsennotierte Unternehmen. Dieser schreibt aber weder Zielvorgaben noch konkrete Maßnahmen vor.

Es scheint bei aller Skepsis immer mehr BefürworterInnen der Quote zu geben. Oder ist das zu optimistisch gedacht?

In Deutschland wurden Führungskräfte unter 40 Jahren befragt, und 62 % der Männer sprachen für eine gesetzliche Regelung aus. Wichtig ist auch, dass das in den Männernetzwerken, die bis jetzt das Sagen haben, ein Umdenken stattfindet. Das eigentliche Hauptproblem in Österreich sind verfestigte Strukturen, insbesondere im Aufsichtsrat. Der Netzwerkforscher

Harald Katzmair beschreibt dieses Phänomen als ein „sehr elitäres Machtsystem“. Die Unternehmensberaterin Roswita Königswieser vergleicht den Aufsichtsrat mit dem Adelsgeschlecht. Jedes Mandat zusätzlich bedeutet mehr Prestige. Wir haben in Österreich ja auch viele Multimandatsträger, ob in Vorständen oder Aufsichtsräten. Da kann man beobachten: Männer ernennen Männer, die bestimmen weitere Männer, und so setzt sich das immer weiter fort. Wichtig ist aber auch die Vorstandsebene. Bei den börsennotierten Unternehmen beträgt der Frauenanteil dort im Moment erschütternde drei Prozent.

Was müsste sich über die Quote hinaus ändern?

Wir haben vier Bereiche definiert, in denen etwas gemacht werden müsste: Zum einen geht es um die richtigen Maßnahmen im Bereich der Rekrutierung, also etwa die Objektivierung von Leistungs- und Potenzialbeurteilungen. In Fragen der Weiterentwicklung und Karriere brauchen wir zum Beispiel *role models*, Mentoringprogramme und gezielte Laufbahnplanung. Auch die Unternehmenskultur muss sich in gewisser Weise ändern – dazu gehören insbesondere Maßnahmen zur Sensibilisierung der Belegschaft, und die müssen von oben kommen, das ist ganz zentral. Und schließlich geht es natürlich um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Worin bestehen die größten Hürden?

Wenn man Frauen in Führungspositionen befragt, dann nennen sie als Karrierehemmnisse in erster Linie Vorurteile und Stereotype, an zweiter Stelle den Ausschluss aus Netzwerken und erst an dritter Stelle die fehlende Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das habe ich sehr interessant gefunden, weil das in Österreich immer zuerst genannt wird. Natürlich muss man da etwas tun, ich bin die Letzte, die sagt, da muss man nichts tun. Aber es geht wirklich um mehr. ■ SONJA FERCHER



ALT - WAS NUN ?

ZUR GESELLSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN PARTIZIPATION ÄLTERER FRAUEN

Rund 732.000 Frauen in Österreich sind zwischen 55 und 69 Jahre alt und befinden sich daher seit kurzem in Pension oder stehen knapp davor, aus dem Berufsleben auszuschcheiden. Viele von ihnen blicken mit neuen Perspektiven auf das Älterwerden. Das biologische Alter tritt zu Gunsten des „gefühlten“ Alters in den Hintergrund: Wer heute 60 Jahre alt ist, erlebt sich selbst oft um 10, 15 Jahre jünger. Auch das soziale Alter ist Veränderungen unterworfen: Ältere Frauen treten als neue Generation von gesellschaftlich Interessierten auf, die wertvolle soziale Beiträge leisten kann – und soll. Welche Angebote kann also grüne Politik diesen Frauen machen, und welche Formen politischer Partizipation gestehen wir ihnen zu?

Die Forderung, länger im Berufsleben zu bleiben, gehört zu den Standardphrasen einer Pensionsdebatte, die vorwiegend von Männern geführt wird. Die Realität des Arbeitsmarktes nimmt darauf keine Rücksicht. Immer noch werden Frauen über 50 dazu gedrängt, in Pension zu gehen. Arbeiten über das gesetzliche Pensionsalter hinaus ist an die Zustimmung der Arbeitgeberin geknüpft. Zugleich sind ältere Frauen häufig von prekären Beschäftigungsverhältnissen und ungerechter Entlohnung betroffen. Die grüne Forderung nach gleichem Lohn ist einer der Schlüssel, um die Anhebung des Frauenpensionsalters zu rechtfertigen. Ohne gleichen Lohn und das Recht auf Arbeit darf eine solche Maßnahme nicht umgesetzt werden.

UNBEZAHLT IM DRITTEN LEBENSALTER?

Nach dem Ausstieg aus dem Berufsleben sind viele Frauen auf der Suche nach sinnvollen Tätigkeiten für das „dritte Lebensalter“. Ganz selbstverständlich gilt das Stereotyp, dass sie sich als Freiwillige im Erziehungs-, Sozial- und Pflegebereich engagieren. Das relativ neue Berufsfeld des Freiwilligenmanagements nimmt auf die Kenntnisse, Fähigkeiten und Entwicklungspotenziale älterer Frauen kaum Rücksicht. Dabei könnten Pension und Ruhestand Chancen bieten, auch im Freiwilligenbereich neue Arbeitsfelder (Technologien, Handwerk, Wirtschaft etc.) zu besetzen. Außerdem gehen immer

mehr Unternehmen dazu über, frei werdende Arbeitsplätze mit unbezahlten Freiwilligen nachzubesetzen. Die grüne Forderung nach Entwicklung neuer Angebote in der Freiwilligenarbeit von Frauen muss aufgenommen und umgesetzt werden. Durch die Ausweitung der Freiwilligenarbeit darf aber keine neue Form des Lohndumpings entstehen.

Frauen über 70 laufen Gefahr, unsichtbar zu werden. Sie werden in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen marginalisiert und lediglich als Konsumentinnen gesehen, die sich Teilhabe entweder leisten können oder andernfalls zu ignorieren sind. Auf politischer Ebene scheinen sie völlig uninteressant zu sein. Sie werden zwar immer mehr, halten aber keinerlei Macht in Händen. Organisationen wie der Österreichische Seniorenrat, der nach wie vor keine gegenderte Schreibweise kennt, haben an ihrer Spitze ausschließlich Männer stehen. Frauen spielen keine Rolle. Die grüne Forderung nach einer Frauenquote im Seniorenrat muss durchgesetzt werden. Fördermittel an SeniorInnenorganisationen dürfen nicht ohne Erfüllung einer Frauenquote vergeben werden.

Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor ein Tabu. Immer noch ziehen Frauen es vor zu schweigen, wenn sie von körperlicher oder psychischer Gewalt betroffen werden. Auch ältere Frauen sind vor Gewalt nicht verschont – und schweigen oft, weil sie ihr Leben lang geschwiegen haben. Viele werden Opfer von Altersdiskriminierung, die eine spezielle Form der Gewaltausübung darstellt: Sie werden als zu alt, ohne gesellschaftlichen Wert dargestellt, in der Altersmedizin benachteiligt und von Barrieren vielfältigster Art eingeschränkt. Die grüne Forderung nach Verfolgung von Altersdiskriminierung muss innerhalb der Antidiskriminierungsgesetze verankert werden und damit nachvollziehbar straffähig sein.

Ältere Frauen haben nicht nur ihre eigenen Interessen im Auge. Sie wissen aus Erfahrung, dass Glücklichkeit zu tun hat, und setzen sich für die Entwicklungschancen kommender Generationen ein. Ältere Frauen sind ein unschätzbare Potenzial für eine sozial gerechte, ökologisch agierende Gesellschaft, ein wichtiger Teil der Zukunft des Landes und stehen daher im Zentrum grüner Generationenpolitik.

■ **BIRGIT MEINHARD-SCHIEBEL** ist SeniorInnensprecherin der Wiener Grünen.

NICHT MEHR UNTER DEN ERSTEN DREI

SCHWEDEN HAT SCHWUNG IN SACHEN GLEICHSTELLUNG EINGEBÜSST

Es ist erstaunlich, dass ein Land, das lange Zeit von großer Armut und feudalen gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt war, seit den 1970er Jahren bis heute eine Vorreiterrolle in der Gleichstellung der Geschlechter einnimmt. Schweden gehört heute trotz schwieriger klimatischer Bedingungen für die Landwirtschaft und mit Erbteilungsregelungen, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert ein Fünftel der Bevölkerung (rund 1,3 Millionen SchwedInnen) zur Auswanderung zwangen, zu den wohlhabendsten Staaten der Welt – mit geringer Staatsverschuldung, hoher allgemeiner Erwerbsquote und vorbildlichen Gleichstellungsindikatoren. Allerdings ist der Schwung verloren gegangen, konstatieren BeobachterInnen der Situation.

Schweden hatte nur einen Vorteil gegenüber anderen europäischen Staaten: Die letzten kriegerischen Verwicklungen mit schwedischer Beteiligung gab es 1809. Doch sonst: Die strenge protestantische Frömmigkeit, die einerseits von einer herrschaftlich organisierten Staatskirche aufgezwungen wurde, andererseits in einer Vielzahl von patriarchalen Erweckungs- und Pfingstbewegungen Ausdruck fand, war auch eine Folge der harten Lebensbedingungen. Den grassierenden Alkoholmissbrauch bekämpften die Frömmel mit mäßigem Erfolg und trösteten sich über die Mühsal hinweg, dem Boden magere Ernten an Roggen, Kartoffeln und Gras für kleine Viehbestände abzutrotzen und im Bottnischen Meerbusen den Strömming, eine kümmerliche Unterart des Herings, zu fischen.

Die Industrialisierung, die mit dem Abbau großer Kupfer- und Eisenvorkommen in Mittel- und Nordschweden begann und ein weiteres Mal unerträgliche Arbeitsbedingungen hervorbrachte, betraf Frauen speziell durch unbezahlte Ausbeutung und niedrigere Löhne, etwa in den Spinnhäusern, wo Unbotmäßige hartem Arbeitszwang unterlagen, oder in der ab etwa 1880 aufstrebenden Bauindustrie, wo Frauen leisteten, was heute Kräne erledigen: Sie schleppten mit bloßen Händen die zu verbauenden Ziegel nach oben. Die Auswanderungswelle war in den Jahren 1907 bis 1913 Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung; diese mündete in der Empfehlung,

endlich für eine breite Volksbildung zu sorgen und „dem gesellschaftlichen Leben die Klassen- und Kastenunterschiede auszutreiben“. Auch mangelnder Respekt für Frauen war explizites Thema der Untersuchung.

WAHLEN UND DIE GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

Bei den ersten allgemeinen und gleichen Wahlen 1920 errang die Sozialdemokratie einen politischen Sieg, und nach wechselnden Regierungen brach 1932 eine (mit geringfügigen Unterbrechungen) bis 2006 andauernde sozialdemokratische Periode an – mit ministeriellem Gleichstellungsportfeuille schon ab 1954. 1969 brachte Olof Palme als Ministerpräsident maßgebliche Gesetze zur Gleichstellung im Berufsleben, zur Kinderbetreuung und zur steuerlichen Gleichstellung der EhepartnerInnen auf den Weg, die Schweden für immer veränderten. 1973 gab es ein Kabinett, das stark von Ministerinnen mit Engagement in der Gleichstellungsfrage geprägt war. Insbesondere Arbeitsmarktministerin Anna-Greta Leijon mit ihrem beruflichen Hintergrund in der Arbeitsmarktverwaltung trieb die – damals rein männlich geführten – Gewerkschaften vor sich her. Eine Politik für mehr individuelle Freiheiten durch familienrechtliche Reformen und ein wachsender Wohlfahrtsstaat boten Vorteile für beide Geschlechter und setzten gesellschaftliche Veränderung in Gang.

Heute ist viel erreicht, auch wenn die seit 2006 regierende bürgerliche Koalition keinen Ehrgeiz in der Gleichstellungsfrage zeigt. Fraueneinkommen (um Teilzeit bereinigt) liegen in Schweden heute bei ungefähr 80 % der Männereinkommen, das Ausbildungsniveau der Geschlechter ist praktisch gleich, dasselbe gilt für die Gesundheitsdaten. Die auffallendsten Nachteile werden in der politischen Repräsentation sichtbar. Als der Welt-Gleichstellungsbericht des World Economic Forum¹ 2006 zum ersten Mal erschien, lag Schweden auf Platz eins. 2013 ist das Land auf Platz vier abgerutscht. Schwedinnen fordern deshalb ein neues, großes Gleichstellungspaket, das sowohl Privat- und Familienleben als auch Arbeitsleben in den Fokus nimmt. Denn seit 30 Jahren herrscht Stillstand in der Gleichstellungspolitik.

■ **JULIANE ALTON** ist Obfrau der Grünen Bildungswerkstatt Vorarlberg.

¹ www.weforum.org/issues/global-gender-gap.

Katharina Brizić ist Sprachwissenschaftlerin, Expertin für Mehrsprachigkeitsforschung und arbeitet derzeit an der University of California in Berkeley, USA. Für ihr Buch *Das geheime Leben der Sprachen* erhielt sie 2006 den Nachwuchspreis Bildungssoziologie.

KATHARINA BRIZIĆ TEILHABE AN DER MODERNEN WELT DURCH FREMDSPRACHEN

Die EU soll den Nachteil haben, dass sie im Gegensatz zu den USA keine gemeinsame Sprache hat. Stimmen Sie dem zu?

Die USA ist mittlerweile zweisprachig. Das Spanische ist überall vertreten, in Kalifornien wird die spanischsprachige Bevölkerung ab 2016 die Mehrheit stellen. Die zweite große Sprache neben Englisch ist Chinesisch, die dritte Hmong aus Vietnam. Vielsprachigkeit ist dynamisierend für eine Gesellschaft, es werden aber auch die sozialen Ungleichheiten zwischen den Bevölkerungs- und ImmigrantInnengruppen deutlicher.

Aber auch Europa ist divers. Woher kommt es, dass man in den USA entspannter damit umgeht?

Die USA ist vielleicht gar nicht entspannter, sondern nur diverser als die EU – so divers, dass es schwer zu definieren ist, was überhaupt ein Amerikaner oder eine Amerikanerin ist. Wir müssen in Europa aufpassen, dass wir nicht den Anschluss an die Welt verpassen. Es kommt immer der Vorwurf der Kosten, wenn man alles übersetzen müsste. Nur: Welchen Solidaritätswert zerstört man bei den Leuten, wenn man ihre Sprachen übergeht? Was das kostet, kann man in Geld bemessen. Aber was es bringt, diese Sprachen zu sprechen, um den Leuten die Idee von Europa zu vermitteln, das ist ein viel umfassenderer Wert, den man gar nicht beziffern kann.

Gemeinhin gelten romanische Sprachen als schön, slawische Sprachen oder Türkisch hingegen als hässlich. Welche Ursachen hat das?

Man sagt in der Diskursanalyse: Wenn ich als Mensch spreche, dann spreche nie nur ich allein, sondern es spricht aus mir immer auch die Gesellschaft, in der ich aufgewachsen bin. Wir haben eine Wien-weite Sprachenerhebung gemacht, bei der die Kinder in großer Mehrheit Italienisch, Spanisch und Französisch als schöne Sprachen genannt haben, die sie lernen wollen – zusätzlich zu Englisch. Da spricht ja nicht das Kind allein.

Eine weitere Rolle spielt die Ökonomisierung der Gesellschaft. Eine Sprache zu lernen, soll ökonomisch sinnvoll sein, und was ist ökonomisch sinnvoll? Das Prestigeträchtige bzw. die Beziehung zu wohlhabenden Ländern. Dass wir von den anderen Ländern, die nicht so wohlhabend sind, genauso viel beziehen, wird häufig vergessen.

Thema Deutsch am Schulhof: Ist die Annahme richtig, dass dies MigrantInnen helfen würde?

Nein. Wir beobachten, dass selbst Kinder, die sehr gut Deutsch können, in unserem Schulsystem systematisch benachteiligt werden, sobald sie aus einer bestimmten sozialen Schicht kommen, weil das System soziale Unterschiede sehr stark beibehält – das gilt auch für deutschsprachige Kinder. Diesen Kindern würde es wenig bringen, wenn sie noch besser Deutsch könnten. Man darf die LehrerInnen aber mit diesem Thema nicht allein lassen. Ich habe den Eindruck, dass diese Diskussion eine Reaktion der Hilflosigkeit ist. Gerade sozial gemischte Schulen haben oft kaum Mittel und keinen Platz. Ich habe in den Schulen, an denen ich geforscht habe, Raumnöte erlebt – das kann man sich nicht vorstellen.

Gesellschaften werden immer vielfältiger. Müsste man die Bereitschaft, Fremdsprachen zu lernen, nicht deutlich mehr fördern?

Natürlich; denn wer sie nicht hat, bleibt übrig. Als ich noch in Wien wohnte, saß ich einmal am Markt und war froh, dass ich ein bisschen Türkisch verstehe und eine slawische Sprache sowieso kann, weil ich sonst von den Gesprächen rund um mich nichts mitbekommen hätte. Da wird einem bewusst, wie stark sich Gesellschaften verändern. Das kann man wollen oder nicht – es passiert einfach. Darin sehe ich auch den Hauptwert des Lernens von Sprachen: Es ist der Ausdruck einer Flexibilität, mit der modernen Gesellschaft umzugehen und in ihr zu leben.

■ SONJA FERCHER



BAUSTELLE ODER ABSTELLGLEIS?

EUROPAS ARBEITSMARKT FÜR FRAUEN

In der EU steigt die Armut: 26 Mio. Arbeitssuchende, 125 Mio. Armutsgefährdete, in manchen Regionen sind sechs von zehn Jugendlichen arbeitslos. Frauen sind besonders stark mit Benachteiligungen am Arbeitsmarkt konfrontiert, die durch die Finanzkrise noch verstärkt werden: Einkommensunterschiede werden größer, strukturelle Probleme wie Beschäftigung in schlechter bezahlten Branchen, niedrigeres Einkommen durch Teilzeit und mangelnde Einbindung in die Sozialsysteme führen zu Armut und Abhängigkeit. Die EU hat die Nichtdiskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt bereits in den 1970er und 1980er Jahren durch Gleichbehandlungs-Richtlinien zum Thema gemacht, die auch in Österreich substanzielle Fortschritte gebracht haben. Darüber hinaus wurde der Grundsatz der Entgeltgleichheit bereits 1957 in die Römischen Verträge aufgenommen, allerdings nicht aus Gründen der Frauenförderung, sondern im Zuge des Kampfes gegen Wettbewerbsverzerrungen durch Niedriglöhne.

Gleichstellungsziele sind Bestandteil der Charta der Grundrechte, ebenso die *affirmative action*, das Ergreifen von Maßnahmen zur Förderung unterrepräsentierter sozialer Gruppen. Die EU hat eine Strategie zur Gleichstellung 2010–2015 mit fünf Schwerpunktzielen verabschiedet, ein Europäischer Pakt für die Gleichstellung der Geschlechter 2011–2020 liegt vor, und auch die Europa-2020-Ziele enthalten die Erhöhung der Frauenerwerbsquote.

Diese umfangreichen Gleichstellungsrechte werden jedoch in der Praxis durch die wettbewerbsdominierte Politik der EU unterlaufen: Deregulierungs- und Privatisierungsbemühungen führen zum Abbau von – insbesondere für Frauen wichtigen – öffentlichen und sozialen Dienstleistungen. „Flexicurity“ nennt die EU-Kommission ihren arbeitsmarktpolitischen Ansatz, belässt die Maßnahmen sozialer Sicherheit aber in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Der EU-Fiskal- sowie der Stabilitäts- und Wachstumspakt erzwingen brutale Sparmaßnahmen öffentlicher Haushalte in allen Mitgliedstaaten und haben massiven Sozialabbau zur Folge. Die Europa-2020-Ziele rücken damit in weite

Ferne, da das Geld zu ihrer Umsetzung fehlt. Schlimmer noch: Die EU-Kommission empfiehlt Österreich die Erhöhung des Frauenpensionsalters, die Verlängerung der Arbeitszeiten und weitere Deregulierung der Arbeitsmärkte – ein Hohn gegenüber Frauen am Arbeitsmarkt!

Der nächste Angriff auf ArbeitnehmerInnenrechte steht nach der EU-Wahl bevor: Hält die konservative Mehrheit im Europäischen Parlament, wird umgesetzt, was bis jetzt nur der Druck der Zivilgesellschaft verhindert hat, nämlich Angela Merkels Konzept eines EU-Wettbewerbspaktes. Dann drohen weiteres Lohndumping, Pensionskürzungen und immer mehr Privatisierungen ohne Einbindung der Parlamente.

WAS TUN FÜR EINEN KURSWECHSEL IN EUROPA?

Wir Grüne haben gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen die Plattform *Europa geht anders* (www.europa-geht-anders.eu) gegründet. Wir sind überzeugt: Wer die europäische Idee retten will, muss die EU verändern – und zwar sozial, demokratisch, ökologisch und im Hinblick auf Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit. Die Stärkung direktdemokratischer Institutionen, die Erhöhung des Frauenanteils auf allen Ebenen der Repräsentation, der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut sowie Investitionen in soziale Sicherheit und nachhaltige Berufe sind die Gebote der Stunde.

Wir Grüne kämpfen für verbindliche soziale Mindeststandards, für gesetzliche Mindestlöhne und eine europaweite Arbeitslosenversicherung, für Investitionen in existenzsichernde Arbeitsplätze und Bildung sowie für ein ausreichendes Budget des Europäischen Sozialfonds. Überfällig ist die Regulierung der Finanzmärkte: Wir müssen Steueroasen trockenlegen und die Finanztransaktionssteuer einführen. Und last but not least: Wir brauchen die Quote in Europa! Die Wahl am 25. Mai wird entscheiden, ob die EU zukunftsfähig und geschlechtergerecht wird. Unser Europa kann mehr. Change Europe for Women – Vote Green!

■ **MONIKA VANA** ist Landtagsabgeordnete in Wien und Kandidatin der österreichischen Grünen zur Europawahl.

DER KAMPF UM DIE WÜRDE

DISKRIMINIERUNGEN UND GEWALTERFAHRUNGEN VON FRAUEN MIT BEHINDERUNGEN

Vor kurzem hat eine Studie in Deutschland¹ diskriminierende Erfahrungen von Frauen mit Behinderungen näher beleuchtet. Neben konkreten Benachteiligungen zählt dazu vor allem bevormundendes, ignorierendes oder Grenzen überschreitendes Verhalten, z. B. ungefragt geduzt oder berührt zu werden. Frauen, die in Behinderteneinrichtungen wohnen, sind davon deutlich häufiger betroffen als Frauen, die in Privathaushalten leben. Erstere fühlen sich auch häufiger in ihrer Freiheit und ihren Entscheidungsmöglichkeiten eingeschränkt. Ihr Leben ist deutlich stärker durch Ausgrenzung und mangelnde gesellschaftliche Teilhabe gekennzeichnet als jenes von Frauen mit Behinderungen in Privathaushalten, obwohl auch Letztere von diesen diskriminierenden Mechanismen berichten. Die Strukturen von Einrichtungen werden generell als Risikofaktor eingeschätzt, vor allem in Bezug auf Gewalterfahrungen. Das höchste Risiko, Gewalt zu erleben, haben Frauen mit psychischen Erkrankungen, die in Einrichtungen leben. Fast die Hälfte aller Frauen, die in Einrichtungen aufgewachsen sind, berichtete von massiven körperlichen und psychischen Gewalterfahrungen.

Die Untersuchung hat deutlich gemacht, dass zwischen Gewalterfahrungen und Behinderung ein direkter Zusammenhang besteht: Einerseits haben Mädchen und Frauen mit Behinderungen ein höheres Risiko, Gewalt in ihrer Familie oder in Einrichtungen zu erleben, andererseits führen Gewalterfahrungen oft zu gesundheitlichen und psychischen Beeinträchtigungen oder verstärken diese. Als spezielle Phänomene psychischer Gewalterfahrung beschreiben die Frauen das verletzendes, herablassende Verhalten von Ämtern und Behörden sowie die Behandlung durch medizinisches Personal im Rahmen der gesundheitlichen Versorgung. Mädchen und Frauen mit Behinderungen sind unzureichend vor allen Formen von Gewalt geschützt und durch Diskriminierung und Aussonderung psychisch stark belastet, was sich langfristig negativ auf ihren Gesundheitszustand

¹ Schröttle, Monika et. al. (2012). Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Unter: www.uni-bielefeld.de/IFF/for/for-gewf-fmb.html.

auswirken kann. Empfohlen werden daher u. a. folgende Maßnahmen:

- Niederschwellige und barrierefreie Schutz- und Unterstützungsangebote
- Gewaltprävention in Einrichtungen
- Abbau von struktureller Gewalt
- Respektvoller und solidarischer Umgang mit Menschen mit Behinderungen bei Behörden und im Gesundheitswesen
- Erhöhung der Sensibilität für Grenzen verletzende Situationen, vor allem auch bei Kindern mit Behinderungen

Ein von der EU co-finanziertes Projekt² untersucht derzeit, wie sich der Zugang zu Opferschutz- und Unterstützungseinrichtungen von Frauen mit Behinderungen bei Gewalterfahrungen in Österreich gestaltet. Die finanzielle Förderung des Projekts erfolgt im Rahmen des Programms *Daphne III*, das zum Ziel hat, alle Formen von Gewalt, insbesondere körperliche, sexuelle und psychische Gewalt, gegen Kinder, Jugendliche und Frauen zu verhindern und zu bekämpfen. Für gewaltbetroffene Frauen mit Behinderung ist es in Österreich oft immer noch schwierig, Unterstützung zu bekommen. Es gibt hierzulande fast keine spezifischen Beratungsangebote, und existierende Frauenberatungs- und Gewaltschutzeinrichtungen sind für Frauen mit Behinderungen oft schwer zugänglich: Das betrifft einerseits bauliche Gegebenheiten, andererseits das Bewusstsein der BeraterInnen für die Lebenssituation von Frauen mit Behinderungen. Im Mittelpunkt des Projekts steht daher die Verbesserung der Nutzbarkeit von Opferschutzeinrichtungen für Frauen mit Behinderungen. Dafür wird aus deren Sicht erhoben, welche Rahmenbedingungen für niederschwellige, effektive Unterstützung nötig sind. Schließlich soll die Vernetzung zwischen Gewaltschutzeinrichtungen und Frauen mit Behinderungen gezielt angeregt und aktiviert werden, daher wurde das Projekt von Beginn an von Frauen mit und ohne Behinderungen entwickelt.

■ **PETRA FLIEGER** ist freie Sozialwissenschaftlerin.

² Vgl. women-disabilities-violence.humanrights.at/?q=de.

Brigitte Hornyk ist Verfassungsrechtlerin, Vorstandsmitglied im Österreichischen Frauenring, ehemalige Vorsitzende im Verein österreichischer Juristinnen und Aktivistin der *Plattform 20000 Frauen*. Sie arbeitete für Johanna Dohnal und war 1982–2012 in leitender Position am Verfassungsgerichtshof tätig.

BRIGITTE HORNYK ABTREIBUNGSVERBOTE? AUF IN DEN KAMPF!

Der Schwangerschaftsabbruch wird immer wieder in Frage gestellt. Wünschen sich die GegnerInnen eigentlich Engelmacherinnen zurück?

Ich kann das einmal rein rechtspositivistisch betrachten: Seit Einführung der Fristenlösung dürfen in Österreich nur Ärztinnen und Ärzte Schwangerschaftsabbrüche durchführen, eine Hebamme hingegen würde sich strafbar machen. Ich glaube ehrlich gesagt, dass diese Frauen, die man teilweise als Hexen verfolgt hat, den weiblichen Körper sehr gut kannten und oft bessere Jobs machten als so mancher Arzt. Noch dazu ist der Schwangerschaftsabbruch in Österreich nicht Teil der Facharztausbildung. Das heißt, jeder Gynäkologe und jede Gynäkologin muss sich dieses Wissen selber erwerben. Einzigartig in Österreich ist auch: Eine Hebamme darf keinen Abbruch durchführen, aber jeder Zahn- oder Hautarzt. Insofern ist das Wort Engelmacherin für mich nicht negativ besetzt. Was ich mir natürlich nicht zurückwünsche, sind die Schwangerschaftsabbrüche im Hinterhof unter hygienisch entsetzlichen Verhältnissen.

Ist man sich des Problems bewusst, dass das eine Konsequenz eines Verbots sein könnte?

Ich denke, dass man es in Kauf nimmt, und das finde ich ganz schlimm. Was mir auch sehr zu denken gab, war der Skandal um die sogenannte Abtreibungsärztin im Sommer 2013. Die hat Abtreibungen in einer Ordination angeboten, die nicht mehr auf dem hygienischen Letztstand war und in der ältere Ärzte gearbeitet haben, die nicht mehr auf dem medizinischen Letztstand waren. Die Ärztin selber ist eine alte Kämpferin für den Schwangerschaftsabbruch und hat sich bemüht, möglichst billig Abtreibungen anzubieten. Dieser Kostenfaktor ist sicher nicht zu vernachlässigen.

Ein Verbot würde Abtreibungen noch teurer machen?

Dann haben wir wieder die Situation, die wir bis 1975 hatten: Die es sich leisten können, schicken ihre Töchter oder Frauen

nach Holland oder England. Die es sich nicht leisten können, kratzen das Geld für einen illegalen Abbruch zusammen. Und die ganz Verzweifelten ersticken ihre Neugeborenen im Plastiksackerl und entsorgen sie irgendwo. Und das wollen wir?

Die Ablehnung von Abtreibung ist oft verbunden mit einer Tabuisierung von Verhütung. Sind wir hier schon ein bisschen weiter gekommen?

Na ja, ich würde sagen, wir versuchen es, aber da gilt es dicke Bretter zu bohren. Das Anti-Abtreibungsklima entstammt einer körper- und sexualitätsfeindlichen Grundhaltung. Man will nicht, dass die Leute Spaß am Sex haben, das soll nur zielorientiert passieren, um kleine Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu produzieren.

In Österreich ist der Schwangerschaftsabbruch im Strafrecht verankert. Gibt es EU-Länder, in denen das anders ist?

In Frankreich gibt es wenige ausdrückliche Regelungen für den Schwangerschaftsabbruch. Nur mehr eine davon steht im Strafrecht: Es ist strafbar, die Schwangerschaft gegen den Willen der Frau abzubrechen. Ein anderes Beispiel ist Kanada: Die haben in den 1980er Jahren die gesetzlichen Regeln des Schwangerschaftsabbruchs ersatzlos abgeschafft. Das halte ich auch für eine Variante, über die nachzudenken wir uns trauen sollten.

Es gibt Befürchtungen, dass das Thema Abtreibung bei der EU-Wahl wieder stärker in den Fokus geraten könnte. Auch Ihre Sorge?

Ich würde es mir sogar wünschen. Das Thema ist immer noch tabuisiert und in der politischen Schmutzdecke. Ich möchte mich damit aber nicht dauernd verstecken, sondern ich würde die Gelegenheit begrüßen, endlich unsere Forderungen diskutieren und offensiv dafür eintreten zu können. Daher also: Auf in den Kampf!

■ SONJA FERCHER



Daniela Schier, geboren in Linz, studierte an den Universitäten Wien, Stellenbosch und Leipzig Geschichte und Global Studies.

Sie arbeitete im Internationalen Büro der Uni Wien und für den ÖAD; zuletzt war sie als Aktivismus-Koordinatorin bei Amnesty International Österreich tätig.

DANIELA SCHIER KRAFTVOLL FÜR MENSCHEN- UND FRAUENRECHTE

Irgendetwas muss es auch in ihrer Geschichte geben, davon ist Daniela Schier überzeugt. Etwas, das sie dazu motivierte, sich für Menschenrechte zu engagieren. „Aber ich habe es noch nicht herausgefunden“, sagt die 33-Jährige, die bis Frühling 2014 bei Amnesty International gearbeitet hat und dort für die Studierendengruppe zuständig war. Noch immer bedauert sie es, dass ihre Stelle eine Karenzvertretung war, weshalb sie nur eineinhalb Jahre dabei war: „Das war viel zu kurz!“ Zuletzt war sie für eine Aktion zur Kampagne „One Billion Rising“ gegen Gewalt an Frauen verantwortlich.

Wenn sie von ihrer Arbeit erzählt und von den verschiedenen Gruppen, mit denen sie in ganz Österreich zu tun hatte, beginnen ihre Augen zu strahlen. Es ist klar erkennbar, wie viel Spaß ihr diese Arbeit gemacht hat. „Ich habe die letzten eineinhalb Jahre bei Amnesty und im Aktivismus sehr genossen: Das Team war wunderbar, und die Arbeit für so etwas Sinnvolles gibt eine ganz spezielle Motivation“, meint sie. Wenn man ihr zuhört, kann man sich gut vorstellen, sich von ihr mitreißen und zu Aktionen motivieren zu lassen.

„Ich komme aus der Mobilitätsschiene im europäischen Raum, und es hat mich gefreut, dass ich daran anknüpfen konnte“, beschreibt Schier ihren Weg. Nach dem Studium der Geschichte arbeitete sie am Internationalen Büro der Universität Wien und war für die *Erasmus*-Studierenden zuständig, später wechselte sie zum Österreichischen Austauschdienst (ÖAD). Ihre Zeit an der Uni Wien holt sie immer wieder ein: „Es ist lustig, weil mir laufen nach wie vor Menschen über den Weg, die mich anschauen und sagen: ‚Du bist ja meine Erasmus-Tante!‘ Wir hatten einen sehr intensiven Kontakt mit den Leuten. Alle, die sich für *Erasmus* interessiert haben, sind zu uns ins Büro gekommen.“ Viel Kontakt mit jungen Menschen und der Austausch mit ihnen: Das ist Daniela Schier wichtig.

Ob sie sich immer schon für Menschenrechte und internationale Zusammenhänge interessiert hat? Sie habe nicht das Ziel verfolgt, zum Thema Menschenrechte auch beruflich zu arbeiten, meint Schier, ergänzt aber: „Ich glaube, man kann Geschichte oder Politik nicht studieren, ohne sich damit zu beschäftigen.“ Auf den Geschmack des Internationalen kam die Historikerin bei ihrer Arbeit im internationalen Büro der Uni Wien: „Ich habe gesehen, wie viele Leute ins Ausland gehen – und alles geht über meinen Schreibtisch. Da habe ich beschlossen: Ich muss auch weg!“ Schon während ihres Studiums hatte sie den Schwerpunkt „Globale Geschichte“ gewählt, und so passte es gut, dass die Europäische Kommission ihr neues Bildungsprogramm *Erasmus Mundus* mit dem Masterkurs „Global Studies“ promotete. Sie bekam einen Platz und ging für ein Semester nach Südafrika und danach für ein Semester an die Uni Leipzig.

Daniela Schiers gute Laune ist ansteckend. Sie selbst scheint durch die Interaktion mit anderen Menschen Kraft zu tanken, denn oft genug ist die Arbeit bei einer Menschenrechtsorganisation frustrierend. Auf die Frage, welches ihr positivstes Erlebnis war, antwortet sie: „Wenn man merkt, dass eine Idee aufgeht, wir eine erfolgreiche Aktion gemacht haben oder wenn etwas von den Menschen zurückkommt, mit denen man zu tun hat.“ Am meisten gefreut aber habe sie sich über das E-Mail einer Aktivistin, die sehr enge Kontakte mit dem Iran hat und die berichtete, dass im Iran eine Aktion aus Österreich aufgenommen worden sei. „Die Abschlussformel war: ‚Ich wollte nur wieder betonen, eure Arbeit lohnt sich.‘ Das hat mich sehr gefreut. Das Mail habe ich ausgedruckt und zu Hause aufgehängt.“ Für die eigene berufliche Zukunft wünscht sich Schier, erneut einen Job zu finden, bei dem sie an ihre Erfahrungen anknüpfen kann.

■ SONJA FERCHER



ERSCHRECKENDE EINBLICKE

GEWALT GEGEN FRAUEN IN EUROPA

Eine Anfang März 2014 veröffentlichte Studie der Europäischen Grundrechteagentur (FRA) beweist: Sexuelle und psychische Gewalt gegen Frauen ist in Europa weiter verbreitet als bisher angenommen – und die Dunkelziffer hoch. Befragt wurden insgesamt 42.000 Frauen in allen 28-EU-Mitgliedsländern. Hochgerechnet auf die absolute EU-Bevölkerung der Frauen zwischen 18 und 74 Jahren, haben 13 Millionen Frauen EU-weit körperliche Gewalt erfahren, rund 3,7 Millionen Frauen waren sexueller Gewalt ausgesetzt. Von den befragten Frauen, die in einer Beziehung mit einem Mann sind oder waren, haben sogar 22 % körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren, ein Drittel davon wurde öfter als sechs Mal vom Partner vergewaltigt. Ebenso viele Frauen erleiden psychische Misshandlung in der Partnerschaft oder sind der Verfolgung durch ehemalige oder aktuelle Partner ausgesetzt (Stalking).¹

Im Berufsalltag korrelieren die Zahlen mit dem Alter und der Position innerhalb des Unternehmens: Junge Frauen und Frauen in Führungspositionen sind am stärksten von sexueller Belästigung betroffen. In den sozialen Online-Medien ist die Hemmschwelle dabei besonders niedrig. Diese Zahlen allein sind schon alarmierend – in einem Europa, das sich grosso modo für ziemlich fortschrittlich hält. Noch alarmierender sind die öffentlichen Reaktionen auf die Ergebnisse der Studie: von den Medien unterhalb der Wahrnehmungsgrenze behandelt, von Politik und Gesellschaft als private Angelegenheit systematisch unter den Teppich gekehrt. Ein Blitzlicht aus Österreich: Ein kurzer, pointierter Kommentar von Karin Strobl, der Chefredakteurin von *Regionalmedien Austria* und Vorsitzenden des Frauennetzwerks Medien, in einer wöchentlich erscheinenden Gratiszeitung hatte nicht nur aggressiv-untergriffene Reaktionen von Lesern zur Folge, für die Gewalt an Frauen gefälligst ein Tabuthema zu bleiben hat, sondern auch eine schockierende Anzahl von Mails, in denen Frauen ihre unfassbaren Leidenswege schildern.

¹ Zusammenfassung der Ergebnisse: fra.europa.eu/de/publication/2014/gewalt-frauen-erhebung-ergebnisse-auf-einen-blick.

RECHTSNORMEN FÜR OPFERSCHUTZ IMPLEMENTIEREN

Aus der Isolation einer Gewaltspirale auszubrechen, erfordert Mut und Hilfe. Angesichts der traumatisierenden psychischen, physischen und emotionalen Auswirkungen von Gewalt zeigt sich auch hier Handlungsbedarf für die Politik. Ein erster wichtiger Schritt ist laut Studienautorin Joanna Goodey die Verabschiedung von Rechtsnormen wie jenen der Istanbul Konvention für besseren Opferschutz, zu deren Unterzeichnung sich gerade erst einmal drei EU-Staaten durchringen konnten. Diese Richtlinie legt Mindeststandards für die Rechte, den Schutz und die Unterstützung von Opfern in der EU fest, was auch die Schulung von PolizistInnen, StaatsanwältInnen und RichterInnen im Umgang mit Betroffenen beinhaltet. Strafrechtsexpertin Goodey: „Es existiert eine Kultur, dem Opfer die Schuld zu geben – dadurch kommt ein Großteil der Gewalt nicht zur Anzeige, und die Täter müssen sich in den wenigsten Fällen dem Recht stellen.“

EIN NEUES MODELL FÜR EUROPA

Gewalt gegen Frauen betrifft nicht nur einzelne Frauen, sondern wirkt sich tagtäglich auf die gesamte Gesellschaft aus. Das enorme Ausmaß struktureller Gewalt erfordert einen konsequenten und umfassenden Wandel: Wenn Europa gerade dieser Tage als Friedensprojekt beschworen wird, darf für reaktionäre Gesellschaftsbilder und die Verharmlosung von Gewalt in der Familie kein Platz sein. „You never change things by fighting the existing reality. To change something, build up a new model that makes the existing model obsolete“, wusste schon Richard Buckminster Fuller. Aber die bisherigen Maßnahmen setzen am Istzustand an, ohne Vision für eine andere, bessere Gesellschaft. Das neue Modell, das die Grüne Bildungswerkstatt von der EU einfordert, setzt einen klaren Fokus auf die Menschenrechte in den Mitgliedsstaaten und wendet sich gegen den fortschreitenden Abbau persönlicher Rechte. Finanzielle Mittel für Menschenrechtsarbeit (dazu zählt auch die Erhaltung von Frauenhäusern) sind aus den Austeritätsprogrammen herauszunehmen.

■ **DAGMAR TUTSCHEK** ist geschäftsführende Obfrau der GBW Burgenland und Obmann-Stellvertreterin der GBW Österreich.

KINDERBETREUUNG: DIE EWIGE BAUSTELLE

HÜRDEN AUF DEM WEG ZUR VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE

Familienpolitik ist keine Gemeinschaftsmaterie der Europäischen Union. Dennoch setzen Kommission und Rat regelmäßig Impulse zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Im Rahmen des Wirtschaftsprogramms *Europa 2020* verfolgt die EU seit 2010 das Ziel, eine Beschäftigungsquote der Bevölkerung von 75 % zu erreichen.

Eine wesentliche Voraussetzung, um die Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter zu erhöhen, ist die Verfügbarkeit und Leistbarkeit von Kinderbetreuungsangeboten. Kinderbetreuung wird in Österreich (ähnlich wie die Pflege älterer Menschen) aber überwiegend innerfamiliär organisiert und von Frauen geleistet. Dementsprechend reagierte die EU-Kommission 2013 mit länderspezifischen Empfehlungen für die Umsetzung der EU-2020-Ziele und kritisierte Österreich unter anderem für den hohen Anteil an Frauen in Teilzeitbeschäftigung (der zu den höchsten EU-weit zählt) und das zu geringe Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen.

Diese Kritik trifft Österreich an einem wunden Punkt. Denn in Österreich ist ein Krippenplatz nach wie vor ein Privileg, das nur 20 % der unter 3-Jährigen haben. In Wien beträgt die Quote immerhin 33 %, in der Steiermark nur 10 %. Der Zugang zu adäquater Kinderbetreuung ist also eine Frage der Postleitzahl. Österreich bekannte sich im Jahr 2002 zur Erreichung des Barcelona-Ziels: Bis 2010 sollten für 90 % der Kinder zwischen 3 und 5 Jahren sowie für 33 % der unter 3-Jährigen Kinderbetreuungsplätze bereit stehen. Das erstgenannte Ziel wurde erreicht, aber die 33%-Hürde konnte Österreich auch vier Jahre nach Ablauf der Frist noch nicht überwinden. Länder wie Dänemark (74 %), die Niederlande (52 %) oder Frankreich (44 %) sind uns beim Krippen-Angebot um Jahre voraus.

Die Regierung wird 2014–2018 350 Mio. Euro in den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen investieren. Diese Summe ist, gemessen an den bisherigen Bemühungen, beachtlich und zu begrüßen, reicht jedoch nicht aus, um die Defizite zu beseitigen. Wollen wir ÖVP und SPÖ Glauben schenken, wird es 2017 – also mit 7-jähriger Verspätung –

Krippenplätze für ein Drittel der unter 3-Jährigen geben. Aber auch dann ist Jubelstimmung nicht angebracht, denn diese Quote bedeutet, dass zwei von drei Kindern dennoch keinen Betreuungsplatz haben und Eltern daher vor großen Schwierigkeiten stehen, ihren beruflichen (Wieder-)Einstieg so zu wählen, wie sie es wollen und brauchen.

Aus Sicht der Grünen ist das langfristige Ziel der Rechtsanspruch jedes Kindes auf einen Krippenplatz ab dem ersten Geburtstag. Eltern sollen die Möglichkeit haben, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Ein weiterer Ausbau der Kinderbetreuung ist daher notwendig. Es geht jedoch nicht nur um Quantität, sondern auch um Qualität. Eltern wollen ein gutes Gefühl dabei haben, wenn sie ihre Kinder Morgen für Morgen in der Krippe oder im Kindergarten abgeben. Überfüllte Gruppen, überlastete PädagogInnen und winzige Räume ohne Garten lassen Eltern aber zu Recht zweifeln. Einheitliche Qualitätsstandards für Krippen und Kindergärten sind daher entscheidend. Dazu gehören auch Öffnungszeiten, die sich den beruflichen Realitäten der Eltern anpassen und nicht umgekehrt. Ein durchschnittlicher österreichischer Kindergarten hat an 35 Tagen im Jahr geschlossen. Das ist mehr als der Jahresurlaub einer/unselbständig Beschäftigten!

Kinderbetreuung ist in Österreich nach wie vor Frauensache. Nur wenige Väter (4,5 %) nehmen Kinderbetreuungsgeld in Anspruch und reduzieren die Berufstätigkeit zu Gunsten der Familie. Und von den Vätern, die eine Kinderauszeit nehmen, ist die Hälfte nach drei Monaten wieder berufstätig. Die Erwerbsbiografien von Männern werden durch Kinder also immer noch wenig beeinflusst.

Wir fordern daher eine Reform des Kinderbetreuungsgeldes. Das aktuelle System setzt durch unterschiedlich lange Bezugsvarianten Anreize für einen langen Berufsausstieg von Frauen und macht eine erhöhte Väterbeteiligung wenig lukrativ. Wir wollen ein Kinderbetreuungsgeld, das den Berufsausstieg beider Elternteile verkürzt und dessen Dauer allmählich angleicht. Wir fordern zudem die Umsetzung eines Papamonats für alle Beschäftigten.

■ ANJA FELLERER ist Referentin für Pflege und Familienpolitik im Parlamentsklub der Grünen.

Bernadette Feuerstein ist Obfrau des Vereins „Selbstbestimmt Leben Österreich (SLIÖ)“, arbeitet im Sozialministerium und ist Mitglied des Monitoringausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderung. Sie war Gründungsmitglied des Vereins BIZEPS und der WAG Assistenzgenossenschaft.

BERNADETTE FEUERSTEIN KÄMPFERIN FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN

Es mag paradox klingen, aber trotz allem hat Bernadette Feuerstein irgendwie Glück gehabt. Denn als sie aufgrund einer Muskelerkrankung schon als Jugendliche Rollstuhlfahrerin wurde, gab es an den Schulen noch keine Integrationsklassen. Sie sei daher „wild“ integriert worden, wie sie es nennt. Diesem Umstand verdankt sie es, dass sie heute ihr Leben wie andere Frauen in ihrem Alter führen kann: „Ich konnte normal maturieren und studieren – natürlich auch damals schon mit Unterstützung.“ Heute arbeitet die Soziologin in der Konsumentenschutzsektion des Sozialministeriums und ist Obfrau des Vereins „Selbstbestimmt Leben Österreich“.

AUTONOMIE DURCH PERSÖNLICHE ASSISTENZ

Selbstbestimmt leben: Das ist es, was sie mit ihrer politischen Arbeit allen Menschen mit Behinderung ermöglichen möchte. Ein wesentlicher Baustein dafür ist die sogenannte persönliche Assistenz: „Das heißt, dass die Assistentinnen jene Handgriffe, die ich nicht tun kann, für mich machen, gemeinsam mit mir. Deshalb kann ich alle Bereiche des Lebens und der Gesellschaft wahrnehmen: Ich bin berufstätig, ich habe Familie und Freunde, ich mache Reisen.“

Vor diesem Hintergrund lehnt Feuerstein jegliche Arten von Sondereinrichtungen ab, ob Sonderschulen oder Heime. „Selbstbestimmung bedeutet, dass ich mich nicht nach äußeren Gegebenheiten richten muss: Wann kommt die Heimhilfe, damit ich aufstehen kann? Muss ich mich vielleicht schon um sieben hinlegen, weil später niemand mehr kommt und mir ins Bett hilft?“ Sie hält es für kurzsichtig, wenn beim Wohnbau aus Spargründen nicht auf Barrierefreiheit geachtet wird – denn davon würden schließlich alle BewohnerInnen profitieren, wenn sie älter werden. Im Bedarfsfall Umbauten vornehmen zu müssen, sei stets teuer.

Gerade im Baubereich sei Österreich ins Hintertreffen geraten, meint Feuerstein: „Im Behindertengleichstellungsgesetz sind keine Sanktionsmöglichkeiten vorgesehen, also kein Recht auf Unterlassung oder auf Veränderung. Da sind Länder wie Italien, Frankreich oder teilweise Spanien um einiges fortschrittlicher.“ Als weiteres Beispiel nennt sie Großbritannien, dort sei der Denkmalschutz nicht so ausgeprägt wie hierzulande. Sie ergänzt allerdings: „Das wird hier auch oft als Ausrede gebraucht. Da machen sich viele einfach keine Gedanken, welche Lösungen es geben könnte, sondern es herrscht eher der österreichische Zugang: Das haben wir nie so gemacht, das machen wir jetzt auch nicht so. Oder: Das haben wir immer schon so gemacht, das bleibt so.“ Da wäre mehr Mut angebracht, findet sie.

Ein Vorbild seien schließlich auch die USA, die in Fällen von Diskriminierung deutlich konsequenter vorgehen: „Ein Lokal, das nicht barrierefrei ist, verliert dort die Gewerbeberechtigung und muss zusperren.“ In diesem Punkt wirft sie einen neiderfüllten Blick über den Atlantik, um die soziale Absicherung beneidet sie die USA jedoch weniger. „Die ist natürlich in Österreich wesentlich besser, auch wenn die Finanzierung der persönlichen Assistenz ein Dauerthema ist.“

Wenn Feuerstein sich etwas von den Grünen wünschen dürfte, dann, dass diese das Thema Sterbehilfe ruhen lassen: „Das ist ein so schwieriges Thema; dass das gerade von den Grünen wieder aufgebracht wird, ist für uns sehr enttäuschend und erschreckend.“ Denn in Ländern, in denen Sterbehilfe locker gehandhabt wird, fallen ihr sehr oft Menschen mit Behinderung zum Opfer. Ihr Appell: „Es geht nicht darum, ein unerträgliches Leben zu beenden, sondern darum, es erträglich zu machen. Man muss die Umstände so gestalten, dass das Leben für alle Menschen lebenswert ist.“

■ SONJA FERCHER



FRAUEN IN ENTSCHEIDUNGSPPOSITIONEN

WAS TUT SICH AUF EU-EBENE?

Im Jahr 2010 verabschiedete die EU-Kommission eine Charta für Frauen und beschloss eine Fünfjahresstrategie für mehr Chancengleichheit von Frauen und Männern in Europa. Auch wenn diese Strategie offiziell einer Kosten-Nutzen-Logik folgt, so liegt das Hauptaugenmerk mehr denn je auf der gerechten Umverteilung der ökonomischen und sozialen Ressourcen. Gerechte Umverteilung geht immer auch mit dem Zugang für Frauen zu Entscheidungspositionen einher. Doch gerade hier erweisen sich das überholte Verständnis von Geschlechterrollen und patriarchale Bündnissysteme als resistent gegen Veränderungen. Wir wollen hier aber nicht (schon wieder) über Barrieren oder gläserne Decken schreiben. Viel mehr liegt uns die Ermächtigung von Frauen am Herzen. Die Frage also lautet: Was brauchen Frauen, damit sie sich die Spitzenpositionen nehmen?

Im Rahmen des Interreg-Projekts „Frauen entscheiden – Donne che decidono“ hat das Forschungsinstitut IRES (Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung) eine Studie in den Provinzen Udine und Bozen-Südtirol sowie in den Bundesländern Kärnten, Tirol und Salzburg durchgeführt. Die Untersuchung sollte herausfinden, welche Strategien zum beruflichen und sozialen Empowerment von Frauen führen. Wir möchten hier nur eine Frage herausgreifen und die Antworten als richtungsweisende Koordinaten für sinnvolle Frauenpolitik in den Raum stellen: Am wichtigsten sind den befragten Frauen ausreichende Unterstützungsleistungen in der Familienbetreuung und die Förderung flexibler Arbeitszeitmodelle. An dritter Stelle wird die Anerkennung für Unternehmen genannt, die sich in Hinblick auf Chancengleichheit engagieren. Es geht also nicht nur darum, Frauen sichtbar zu machen, sondern vor allem auch darum aufzuzeigen, dass sich Chancengleichheit positiv auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes ebenso wie eines Unternehmens auswirkt. Die Botschaft lautet: Die Angst der Männer vor starken Frauen ist unbegründet, vor allem dann, wenn es um das volkswirtschaftliche Wohl einer Gesellschaft geht.

An Vorbildern in Spitzenpositionen mangelt es mittlerweile nicht mehr, allerdings oft an deren Sichtbarkeit. Deshalb

hat das Projekt „Donne che decidono“ auf seiner Homepage eine Expertinnen-Datenbank und eine Liste mit Best-practice-Beispielen erstellt, die auch weiterhin betreut und befüllt wird. Auch die EU-Kommission dokumentiert in einer Datenbank Informationen über Frauen und Männer in Führungspositionen und überwacht so gleichzeitig die Entwicklung.

FRAUEN ALLER LÄNDER, VERNETZT EUCH!

Gerade die grenzübergreifende Vernetzung von Frauen ist von großer Bedeutung, wenn es darum geht, Frauen in Führungspositionen sichtbar zu machen und wirksame Strategien zur Chancengleichheit auszuarbeiten. So beschäftigt sich zum Beispiel das „Europäische Netzwerk von Frauen in Führungspositionen in Politik und Wirtschaft“ intensiv mit Themen wie Mentoring, Frauenquoten als Instrument zur ausgewogenen Verteilung der Geschlechter in Politik und Führungsetagen von Unternehmen oder geschlechtsspezifischen Unterschieden bei der Vergütung von Führungspositionen.

Obwohl Frauen zunehmend die Felder der Politik erobern, sind sie in der Wirtschaft immer noch unterrepräsentiert. In den größten europäischen börsennotierten Unternehmen ist im Durchschnitt nur jedes sechste Verwaltungsratsmitglied weiblich. In den Vorständen beträgt der Anteil gerade einmal 4 %. Viviane Reding, zuständige EU-Kommissarin, ermunterte schon 2011 börsennotierte Unternehmen, das Dokument „Women on the Board Pledge for Europe“ zu unterzeichnen. Darin wird eine freiwillige Verpflichtung von Unternehmen gefordert, mehr Frauen in die Führungsetagen zu bringen. Das Ziel lautet: Bis 2015 sollen 30 % der Vorstands- und Aufsichtsratsposten in börsennotierten Unternehmen mit Frauen besetzt sein, und bis 2020 soll der Frauenanteil in Spitzenpositionen 40 % betragen.

Diesen hehren Zielen schließen wir uns an. Wir stellen unsere Forderungen und verändern die Welt!

■ **CHRISTINE BAUR** ist Tiroler Landesrätin für Frauen, Integration und Soziales.

■ **MARINA UNTERBERGER** ist Referentin für Kinder- und Jugendhilfe, Frauen und Gleichstellung der Tiroler Landesregierung.

KONTAKT

GRÜNE FRAUENORGANISATIONEN

GRÜNER PARLAMENTSCLUB

Berivan Aslan

Abgeordnete zum Nationalrat, Frauen- und KonsumentInnen-
schutzsprecherin der Grünen

Löwelstraße 12, 1017 Wien
T +43 1 401 10 6342 | F +43 1 401 10 6760
berivan.aslan@gruene.at
gruene.at/berivan-aslan

Ewa Dziedzic

Referentin für Frauenpolitik
T +43 1 401 10 6686 | F +43 1 401 10 6676
ewa.dziedzic@gruene.at

GRÜNE FRAUEN BURGENLAND

Hauptstraße 16, 7000 Eisenstadt
T +43 664 831 75 10 | F +43 2682 661 78
bgld@gruene.at
burgenland.gruene.at/themen/frauen-gleichbehandlung

GRÜNE FRAUEN KÄRNTEN/KOROŠKA

Sterneckstraße 19, 9020 Klagenfurt/Celovec
T +43 463 51 53 26 0 | F +43 463 51 53 26 27
barbara.lesjak@gruene.at
kaernten.gruene.at/themen/frauen

GRÜNE FRAUEN NIEDERÖSTERREICH

Daniel-Gran-Straße 48, 3100 St. Pölten
T +43 2742 31 06 60 | F +43 2742 31 06 60 11
amrita.enzinger@gruene.at
noe.gruene.at/themen/frauen

GRÜNE FRAUEN OBERÖSTERREICH

Grünes Haus, Landgutstr. 17, 4040 Linz
T +43 732 73 94 00 50 | F +43 732 73 94 00 99
frauen.ooe@gruene.at
frauen.ooe.gruene.at/gruene_frauen

GRÜNE FRAUEN SALZBURG

Haydnstraße 2/1, 5027 Salzburg
T +43 662 87 63 37 | F +43 662 87 63 37 22
frauen.salzburg@gruene.at
salzburg.gruene.at/themen/frauen

GRÜNE FRAUEN STEIERMARK

Jungferngasse 3/1, 8010 Graz
T +43 316 83 16 94 0 | F +43 316 81 05 94
steiermark@gruene.at
stmk.gruene.at

GRÜNE FRAUEN TIROL

Museumstraße 11/1. Stock, 6020 Innsbruck
T +43 512 57 71 09 | F +43 512 57 71 09 10
frauen.tirol@gruene.at
frauen.tirol.gruene.at

GRÜNE FRAUEN VORARLBERG

Bergstraße 6, 6900 Bregenz
T +43 5574 474 88 | F +43 5574 474 88 10
antje.wagner@gruene.at
vorarlberg.gruene.at/frauen

GRÜNE FRAUEN WIEN

Martina Wurzer
Frauensprecherin
martina.wurzer@gruene.at

Liesbeth Bijl
Frauenreferentin

Grünes Haus, Lindengasse 40, 1070 Wien
T +43 1 521 25 234
gruene.frauen.wien@gruene.at
diegruenenfrauenwien.at
wien.gruene.at/frauen



**DIE GRÜNE
BILDUNGS-
WERKSTATT**

Eine
andere Welt
ist
pflanzbar

LERNEN FÜR DIE

POSTFOSSILE GESELLSCHAFT

**GRÜNE SOMMERAKADEMIE 2014
22.-24. AUGUST, Goldegg/Salzburg**

www.gbww.at